

# Freie Demokraten

Landesverband  
Hamburg **FDP**

## Antragsbuch des 105. Landesparteitags der FDP Hamburg

31.03. – 01.04.2017

**#fdpHH105**

Bürgersaal Wandsbek  
Am alten Posthaus 4  
22041 Hamburg

# Inhaltsverzeichnis

Leitantrag	
17100	<b>Mehr Freiheit durch mehr Chancen</b> Landesvorstand
Geschäftsordnungsänderungen	
GO17101	<b>Änderung der Geschäftsordnung der FDP Landesverband Hamburg (Neuf.)</b> Gerhold Hinrichs-Henkensiefken, Leif Schrader, Landesvorstand
Antrag	
17101	<b>Chancen unbemannter Systeme richtig nutzen</b> LFA 8: Stadtentwicklung, Bezirke, Bau, Umwelt, Verkehr und Infrastruktur
17102	<b>Bauen neu denken (Neuf.)</b> LFA 8: Stadtentwicklung, Bezirke, Bau, Umwelt, Verkehr und Infrastruktur
17103	<b>Hamburg 2025: Zentrum der „Digitalen Hanse“</b> Andreas Moring und Michael Kruse, MdHB
17104	<b>Bürgernahes Wahlrecht</b> Landesvorstand
17105	<b>Flexirente – für ein selbstbestimmtes Rentenalter</b> KV Eppendorf-Winterhude, Junge Liberale
17106	<b>Bestellerprinzip für Maklerdienstleistungen beim Immobilienerwerb</b> Junge Liberale, KV Eppendorf-Winterhude, Barnabas Crocker, Marcel v. Volland
17107	<b>Entschließung: Für einen Neustart der EU – Europäische Union erhalten, sichern und verbessern</b> Wolf Achim Wiegand, Dr. Peter Baumgarten, Dr. Kurt C. Duwe, Nikolas Fromm, Martin Kirchner, Prof. Dr. Andreas Moring, Roberto Lehmann, Dirk Mehdau, Verner Mertins, Hartmut Müller, Dipl.-Ing. Wolfgang Ploss, Moritz Knüppel, Carl Jarchow MdHB u.a.
17108	<b>Englische Sprache in Behörden stärken</b> Moritz Knüppel, Dian Diaman
17109	<b>Schlechte Leistung kann man sich nicht schön rechnen!</b> Junge Liberale, Anna von Treuenfels-Frowein, MdHB
17110	<b>Bildung 4.0 – Bereit für die Schule der Zukunft!</b> Carl Cevin-Key Coste, Christian Kontz, Jacques Coste, Jens Jungmann, Marcel Thielemeyer, Olaf Coste, Ria Schröder, Rieka von der Warth, Teresa Stublely, Vanessa Fabris
17111	<b>Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer</b> Junge Liberale

# Antrag 17100

**Betr.: Mehr Freiheit durch mehr Chancen**

**Antragsteller: Landesvorstand**

1 Wir Freien Demokraten unterscheiden uns von allen anderen Parteien durch  
2 unser freiheitliches Lebensgefühl und unsere Liebe zur Freiheit. Wir wissen wie  
3 viel Kraft, Stärke und Kreativität in jedem Einzelnen steckt – wenn man sie und  
4 ihn nur lässt. Wir sind offen für Fortschritt und vertrauen auf Eigeninitiative,  
5 Leistungsbereitschaft und Verantwortung der Menschen in Deutschland. Unser  
6 Ziel ist eine Republik der Chancen und dieses Ziel verfolgen wir mit unserer  
7 Politik für die Mitte der Gesellschaft.

8 Deutschland und den Menschen, die hier leben, geht es gut. Nicht wegen,  
9 sondern trotz der Politik der schwarz-roten Bundesregierung. Die Konjunktur  
10 brummt, die Steuereinnahmen klettern von Rekord zu Rekord, die  
11 Arbeitslosigkeit ist auf einem Tiefstand. Also Grund genug, sich bequem  
12 zurückzulehnen? Wir Freie Demokraten sagen: Nein!

13 Jetzt müssen durch eine kluge und vorausschauende Politik die Weichen gestellt  
14 werden, damit es uns auch morgen noch gut geht. Wir wollen einen liberalen  
15 Rechtsstaat mit sozialer Marktwirtschaft, damit Deutschland auch in Zukunft  
16 wettbewerbsfähig bleibt und wir unseren Wohlstand erwirtschaften können. Dazu  
17 wollen wir unsere Arbeitsmärkte flexibler machen, überbordende Bürokratie  
18 beseitigen und die Chancen der Digitalisierung nutzen. Unsere Kinder sollen  
19 durch weltbeste Bildung auf die Anforderungen der Arbeitswelt von morgen  
20 vorbereitet werden.

## 21 **Balance zwischen Bürger und Staat**

22 In Zeiten von Rekordsteuereinnahmen, Haushaltsüberschüssen und niedrigen  
23 Zinsen müssen die Bürger entlastet werden. Die anderen Parteien nehmen sich  
24 das Geld der Bürger und machen damit das, was sie selbst für richtig halten.  
25 Wir aber wollen den Bürgern mehr von ihrem Einkommen lassen, damit sie ihre  
26 eigenen Pläne verwirklichen. Deshalb muss der Soli weg und die Kalte  
27 Progression spürbar abgemildert werden.

28 Wohneigentum ist eine wichtige Säule zur Alterssicherung und entlastet den  
29 Mietwohnungsmarkt. Deshalb fordern wir einen Freibetrag in Höhe von 500.000  
30 Euro für die Grunderwerbssteuer für das erste selbst genutzte Haus.

## 31 **Weltbeste Bildung**

32 Das Kennzeichen unserer Sozialpolitik ist, dass wir den Menschen und ihren  
33 Fähigkeiten etwas zutrauen. Wir wollen Menschen ermöglichen, ein  
34 selbstbestimmtes Leben in eigener Verantwortung zu führen. Nicht ein  
35 Aufblähen unseres Sozialstaates, sondern gute Schulen und Hochschulen sind  
36 die beste Sozialpolitik für unser Land. Durch weltbeste Bildung wollen wir jeden  
37 Einzelnen stark machen. Dabei darf die soziale Herkunft eines Kindes keine

## Seite 3

38 Rolle spielen. Wir brauchen mehr Bildungsgerechtigkeit und müssen daher jedes  
39 einzelne Kind nach seinen Fähigkeiten und Begabungen fördern. Dazu wollen  
40 wir die frühkindliche Bildung, die Qualität in einem ausweiteten  
41 Ganztagsangebot und eine möglichst breit angelegte Lehrerbildung stärken.

42 Das sogenannte Kooperationsverbot soll abgeschafft werden, das dem Bund und  
43 den Ländern die gemeinsame Finanzierung von Bildungseinrichtungen bisher  
44 untersagt. Weltbeste Bildung ist ein Mondfahrtprojekt, daher muss sich der Bund  
45 an der Bildungsfinanzierung beteiligen können.

### 46 **Mut zur sozialen Marktwirtschaft**

47 Die soziale Marktwirtschaft hat unser Land großgemacht, ihr verdanken wir  
48 unseren Wohlstand. Die soziale Marktwirtschaft benötigt einen starken  
49 Ordnungsrahmen mit klaren und fairen Regeln. Dazu gehört, dass Risiko und  
50 Haftung für wirtschaftliches Handeln untrennbar zusammengehören und dem  
51 Grundsatz der Tarifautonomie wieder Geltung verschafft wird.

52 Wir wollen Deutschland zur Gründerhochburg machen.  
53 Unternehmensgründungen bringen Dynamik in den Wettbewerb um die besten  
54 Geschäftsmodelle, die besten Produkte und die besten Dienstleistungen. Dazu  
55 soll schon in der Schule die Lust auf eine Unternehmerkarriere durch eine  
56 Erweiterung des- Kursangebots in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Recht  
57 geweckt werden. Auch im ersten Uni- oder Ausbildungsjahr sollen  
58 Entrepreneurkurse angeboten werden. Wir fordern ein erstes weitgehend  
59 bürokratiefreies Gründerjahr.

60 Mehr Markt, aber keine Planwirtschaft brauchen wir auch auf dem Energiesektor.  
61 Wir wollen den Emissionshandel ausweiten und das  
62 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abschaffen. Es hat keine sinnvolle  
63 ökologische Steuerungswirkung, belastet aber Verbraucher und Unternehmen  
64 über Gebühr und gefährdet den Industriestandort Deutschland.

### 65 **Funktionierende und moderne Infrastruktur**

66 Eine moderne und funktionierende öffentliche Infrastruktur ist das Rückgrat für  
67 eine dynamisch wachsende Wirtschaft und für die Schaffung von Arbeitsplätzen.  
68 Dazu gehören die umfassende Modernisierung der Bundesverkehrswege auf  
69 Straßen, Wasser und Schienen sowie die flächendeckende Bereitstellung  
70 leistungsfähiger Datennetze, mit der Möglichkeit privater Mitfinanzierung. Die  
71 Investitionsquoten in den Etats des Bundes und der Länder sind zu gering, um  
72 dieser Aufgabe gerecht zu werden. Die Freien Demokraten fordern eine  
73 Umsteuerung in den öffentlichen Haushalten zugunsten von mehr Investitionen in  
74 die Infrastruktur sowie die Erschließung privaten Kapitals für diesen Zweck.

### 75 **Durchsetzungsfähiger Rechtsstaat**

76 Die FDP ist die Partei der Bürgerrechte. Unter Berufung auf Terroranschläge der  
77 letzten Monate wurde immer wieder der Ruf nach schärferen Gesetzen laut.  
78 Aber wir können unsere Freiheit nicht sichern, indem wir sie einschränken.  
79 Deshalb lehnen wir die von der Großen Koalition beschlossene anlasslose  
80 flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ab. Statt die Bevölkerung unter

81 Generalverdacht zu stellen, ist eine bessere Zusammenarbeit der  
82 Sicherheitsbehörden in Europa mit dem Ziel einer effizienten Überwachung  
83 sogenannter Gefährder erforderlich. In einem ersten Schritt sind dazu  
84 vorbehaltlos und umfassend die Handlungsdefizite der Sicherheitsbehörden des  
85 Bundes und der Länder aufzuarbeiten, damit die Menschen in unserem Land das  
86 Vertrauen in die staatlichen Institutionen zurückgewinnen und sich nicht  
87 populistischen Parteien zuwenden.

### 88 **Modernes Einwanderungsrecht**

89 Wir haben in Deutschland eine humanitäre Verpflichtung, Menschen zu helfen,  
90 die vor Krieg und Terror zu uns fliehen. Und wir haben den Bedarf nach  
91 gezielter und qualifizierter Zuwanderung. Dazu bedarf es klarer Maßstäbe und  
92 Regeln, die in einem Einwanderungsgesetz festgeschrieben werden. Damit  
93 unterscheiden wir zwischen Menschen, die zu uns fliehen, hier auf Zeit unseren  
94 Schutz suchen, unser Land aber auch wieder verlassen, wenn sich die Situation  
95 im Heimatland wieder verbessert hat und denen, die nach einem modernisierten  
96 Einwanderungsrecht definierten Kriterien wie Alter, Ausbildung und  
97 Sprachkenntnissen eingeladen werden, in unserem Land auf Dauer zu leben und  
98 zu arbeiten.

### 99 **Neustart für Europa**

100 Deutschland als Exportnation lebt vom Freihandel. Mit Freihandelsabkommen wie  
101 TTIP und CETA haben wir die Chance, als westliche Wertegemeinschaft die  
102 Standards für den Welthandel von morgen zu prägen, Wachstum ohne neue  
103 Schulden zu ermöglichen und neue Perspektiven für junge Menschen in ganz  
104 Europa zu schaffen. Dafür müssen wir uns in Deutschland und Europa  
105 einsetzen.

106 Spanien und Portugal verstoßen gegen den Stabilitätspakt, auf Geldbußen will  
107 man trotzdem verzichten. In Italien sollen Banken aus Steuermitteln gerettet  
108 werden. In Griechenland kommen die Reformen nicht voran, die  
109 Bundesregierung ändert ihren Kurs trotzdem nicht. Die Folgen: Der Reformdruck  
110 sinkt, die Schulden wachsen. Weitere Regelverletzungen in der EU wird die FDP  
111 nicht mehr mittragen!

112 Wir setzen uns dafür ein, dass ein Europäischer Konvent einberufen wird, der  
113 notwendige Änderungen an den Europäischen Verträgen vornehmen soll, um die  
114 Europäische Union effizienter und bürgernäher zu machen. Wir wollen ein  
115 Initiativrecht und die volle Gesetzgebungskompetenz für das Europäische  
116 Parlament. Die Europäische Kommission soll effizienter werden, indem die  
117 Anzahl ihrer Mitglieder verringert wird.

118 Wir Freie Demokraten haben einen klaren Kurs und klare Überzeugungen, die  
119 auf unserer freiheitlichen Weltsicht und unserem liberalen Menschenbild fußen.  
120 Unsere Überzeugungen brauchen wieder eine Stimme im Deutschen Bundestag.

121 Überlassen wir die Bühne nicht den sozialdemokratischen Parteien, die jetzt im  
122 Bundestag vertreten sind und die glauben, mit den Instrumenten von vorgestern  
123 den Kampf um eine bessere Zukunft gewinnen zu können. Und überlassen wir  
124 sie erst recht nicht selbsternannten Alternativen, die mit Hass und Ressentiments

## Seite 5

- 125 Stimmung machen, die Ängste schüren, aber keinerlei Antworten auf die  
126 Herausforderungen haben, vor denen wir stehen.
- 127 Wir haben unser Ziel klar vor Augen: Wir wollen eine bessere Politik in  
128 Deutschland, mit mehr Freiheit durch mehr Chancen.

# Antrag GO17101 (Neuf.)

**Betr.:** Änderung der Geschäftsordnung der FDP Landesverband  
Hamburg

**Antragsteller:** Gerhold Hinrichs-Henkensiefken, Leif Schrader,  
Landesvorstand

1 1. § 20 Absatz 3 erhält folgende Neufassung:

2 „Zu Beginn seiner Amtszeit legt der Landesvorstand Themenbereiche fest, die  
3 für die künftige politische Arbeit der FDP von besonderer Bedeutung sind. Der  
4 Landesvorstand setzt Landesfachausschüsse zur Bearbeitung politischer und  
5 organisatorischer Parteaufgaben ein. Ein so eingesetzter Landesfachausschuss bleibt bis  
6 zur Neukonstituierung eines von einem neuen Landesvorstand eingesetzten  
7 Landesfachausschusses im Amt bzw. bis zu seiner Auflösung.

8 Der Landesvorstand bestimmt dessen Vorsitzenden. Der jeweilige Landesfachausschuss  
9 erhält vorab Gelegenheit, einen Vorschlag zu unterbreiten. Bis zur Entscheidung über den  
10 Vorsitzenden der neuen Periode setzt der Landesvorstand einen kommissarischen  
11 Vorsitzenden ein. Die Gliederungen des Landesverbandes sind über die bestehenden  
12 Landesfachausschüsse zu unterrichten.“

13 2. Die Änderung tritt am Tage der Beschlussfassung in Kraft.

## Begründung:

zu 1.: Die beantragte Neufassung lehnt sich an die Bestimmungen des § 22 Absätze 1 und 2 der Bundessatzung an und ermöglicht dem neugewählten Landesvorstand einen zeitlich flexiblen Umgang mit der Neueinsetzung von Landesfachausschüssen bzw. dem Neuzuschnitt von Aufgabenbereichen bestehender Landesfachausschüsse. Gleichzeitig wird eine Kontinuität inhaltlicher Arbeit durch das Fortbestehen bestehender Fachausschüsse bis zur Neukonstituierung gesichert. Diese Regelung ermöglicht die Entzerrung organisatorischer Aufgaben des Landesvorstands und der Geschäftsführung. Die bisherige Bestimmung der Geschäftsordnung beinhaltet keine vergleichbare Ermächtigung, sondern fixiert den Akt der Neukonstituierung zeitlich mit dem Beginn der Legislaturperiode.

zu 2.: Die Inkraftsetzung am Tage der Beschlussfassung ermächtigt den neugewählten Landesvorstand, die Neuregelung erstmalig in der Amtsperiode 2017-2019 anzuwenden und die in der Amtsperiode 2015-2017 bestehenden Landesfachausschüsse bis zur Neukonstituierung fortzuführen. Auf diese Weise ist es z.B. möglich, diesen Akt auf einen Zeitpunkt nach der Bundestagswahl zu legen und die bestehenden Fachausschüsse fortzuführen. Wir würden damit dem Vorbild der Bundespartei folgen.

# Antrag 17101

**Betr.: Chancen unbemannter Systeme richtig nutzen**

**Antragsteller: LFA 8: Stadtentwicklung, Bezirke, Bau, Umwelt, Verkehr und Infrastruktur**

1 Der Landesparteitag und der Bundesparteitag mögen beschließen:

2

3 Der Landesfachausschuss 8 Stadtentwicklung, Bezirke, Bau, Umwelt, Verkehr  
4 und Infrastruktur der FDP Hamburg bewertet die Entwicklung der unbemannten  
5 Systeme als wichtigen Zukunftstrend für Wirtschaft und Gesellschaft. Durch die  
6 richtigen politischen Weichenstellungen kann der Einsatz von unbemannten  
7 Systemen zu wirtschaftlicher Wertschöpfung, der Schaffung neuer Arbeitsplätze  
8 und technologischem Fortschritt beitragen.

9 Betrachtet man die Zukunft der unbemannten Systeme, so gehe es nicht nur um  
10 den Bereich der Automobilindustrie (autonomes Fahren), sondern es entwickelten  
11 sich mit rasanter Geschwindigkeit in Deutschland, Europa und in Übersee neue  
12 Geschäftsmodelle für eine aufstrebende Branche rund um unbemannte  
13 Luftfahrtsysteme (UAS) oder auch Remotely Piloted Aircraft Systems (RPAS),  
14 umgangssprachlich Drohnen. Diese Unbemannten Systeme werden unsere  
15 Gesellschaft stark verändern.

16 Im Einzelnen möge der Landesparteitag beschließen und der Landesvorstand  
17 wird gebeten, es an den Bundesparteitag weiterzuleiten:

18 1. Unbemannte Systeme werden bereits in 2017 zu einem zentralen  
19 Wahlkampfthema; es wird eine politische Agenda zur Unterstützung der  
20 Implementierung unbemannter Systeme erstellt, die sich an einer europäischen  
21 Lösung orientiert, innovative und liberale Lösungen für den deutschen Markt  
22 geschaffen werden und somit die Vorreiterrolle Deutschlands innerhalb Europas  
23 nachhaltig gesichert wird.

24 2. Entwicklung einer deutschen Roadmap zur Integration unbemannter Systeme  
25 zu Luft, Land und Wasser angelehnt an der europäischen Roadmap.

26 3. Entwicklung greifbarer und internationaler Sicherheitsstandards. Den  
27 rechtlichen Rahmen sollen Regeln bilden, die die unterschiedlichen  
28 Sicherheits-Anforderungen in den Mittelpunkt stellen. Hierbei soll sich der  
29 Gesetzgeber verstärkt an den Normen der Industrie orientieren.

30 4. Die Grundlage zuverlässiger Sicherheitsstandards ist die hohe Qualität  
31 entsprechender Qualifizierungsangebote. Bund und Länder sollen hier  
32 gemeinsam mit Vertretern der Branche entsprechende Angebote erarbeiten und  
33 diese fortlaufend weiterentwickeln. Hierbei sind nicht nur Ausbildungsangebote,  
34 sondern auch universitäre Studiengänge zu betrachten. Auch hierbei ist eine  
35 Orientierung an bereits vorhandenen Standards zweckmäßig.

36 5. Für die unbemannte Luftfahrt: Aufstiegsgenehmigungen sollen für  
37 Drohnen-Einsätze mit besonderem Risiko weiterhin verbindlich sein. Sie sollen  
38 lokal erteilt und bundesweit standardisiert werden. Die Erarbeitung gemeinsamer  
39 Standards zwischen den Ländern und deren Anwendung ist wichtig, um  
40 Transparenz für Anwender zu schaffen. Dabei ist der europäische  
41 Regelungsansatz zu betrachten um bereits frühzeitig grenzüberschreitenden  
42 Verkehr im Blick zu haben.

43 6. Damit sich Deutschland eine führende Rolle in der Technologie- und  
44 Anwendung sichert, soll die Forschung einen festen Platz in der  
45 Wissenschafts-Landschaft erhalten. Lehrstühle an Hochschulen sollen  
46 eingerichtet, bzw. ausgebaut werden. Die Technologie- und Forschungsförderung  
47 in Bund und Ländern sollen die unbemannten Systeme einbeziehen. Eine  
48 Vernetzung zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden und die Förderung  
49 von Gründern aus der Branche ist wichtig, um innovative Konzepte schnell  
50 gebündelt zu entwickeln.

51 7. Wir fordern den Senat auf, bereits bestehende Angebote an Hamburger  
52 Hochschulen, wie z. B. das Institut für Unbemannte Systeme an der Northern  
53 Business School, weiterzuentwickeln, um die Hansestadt zu einem führenden  
54 Standort der unbemannten Technologie in Deutschland zu machen. Ebenso sind  
55 Testgelände im Einzugsgebiet im Rahmen von Kooperationen mit einzubeziehen,  
56 um eine feste Clusterlandschaft für Hamburg zu bilden.

57 8. Bei der Weiterentwicklung unbemannter Technologie und deren Einsatz soll  
58 dem Datenschutz eine wichtige Stellung zukommen. Die Einhaltung von  
59 Persönlichkeitsrechten und die Wahrung der Privatsphäre dürfen durch Drohnen  
60 nicht gefährdet werden. Die Landes- und der Bundesdatenschützer müssen  
61 hierfür nicht nur klare Regelungen zur Umsetzung erhalten, sondern auch einen  
62 länderübergreifenden, gemeinsamen Ansatz finden.

63 9. Drohnen können einen Beitrag dabei leisten, Verkehrsströme schadstoffärmer,  
64 ressourcenschonender und somit umweltverträglicher zu machen. Sie sollen  
65 deshalb in Konzepte des Natur- und Umweltschutzes, der Stadt- und  
66 Verkehrsplanung entsprechend einbezogen werden.

67 10. Unbemannte Systeme sind oder werden in der Zukunft der Träger von  
68 Logistik und Mobilität zu Luft, Land und Wasser werden. Langfristig muss eine  
69 Integration aller unbemannten Systeme zu Land, zu Wasser und in der Luft  
70 stattfinden. Der Vernetzung mit und von unbemannten Systemen kommt dabei  
71 eine besondere Bedeutung zu. Ebenso der Einbindung von Drohnen in Konzepte  
72 der „Industrie 4.0“.

73 11. Bei der Weiterentwicklung von unbemannter Technologie und deren Einsatz  
74 wird der grenzüberschreitende Verkehr an Bedeutung gewinnen. Vor diesem  
75 Hintergrund sind das Vorantreiben und das schnelle Integrieren neuer  
76 Entwicklungen sowie eine europäische Harmonisierung von Regeln wichtig für  
77 die Standortsicherung in Deutschland und Europa.

**Begründung:**

erfolgt mündlich

# Antrag 17102 (Neuf.)

**Betr.: Bauen neu denken**

**Antragsteller: LFA 8: Stadtentwicklung, Bezirke, Bau, Umwelt, Verkehr und Infrastruktur**

1 Die FDP-Hamburg fühlt sich den breiten Schichten der Bevölkerung in der Metropolregion  
2 Hamburg besonders verpflichtet. Der rot/grüne Senat versucht mit seinen Bündnissen für  
3 Wohnen, die Bezirke und die Wohnungswirtschaft zu jährlichen Bauleistungen zu  
4 verpflichten, wobei übersehen wird, dass die „Erfolgsmeldungen“ des Senats nicht  
5 geeignet sind Haushalte, insbesondere im unteren Einkommenssegment, angemessen  
6 mit Wohnraum zu versorgen, da im gleichen Zuge, in ähnlich hoher Stückzahl  
7 Wohnungsbindungen entfallen. Der Senat betreibt ein Nullsummenspiel.

8 Des Weiteren sieht der rot/grüne Senat den kostentreibenden, steigenden  
9 ordnungsrechtlichen Anforderungen tatenlos zu. Um dauerhaft und nachhaltig Bauen,  
10 insbesondere den Wohnungsbau, von Kostentreibern zu entlasten und damit letztlich für  
11 bezahlbare Mieten in der Metropolregion Hamburg einzutreten fordert die FDP Hamburg  
12 die FDP-Bürgerschaftsfraktion auf, einen entsprechenden Antrag an den Senat zu richten  
13 in dem:

- 14 1. Als Gesellschafter/Eigentümer der stadt eigenen Unternehmen, SAGA  
15 Unternehmensgruppe, IBA Hamburg GmbH; Hamburgische Investitions- und  
16 Förderbank – Anstalt öffentlichen Rechts (IFB -AÖR); f & w fördern und wohnen  
17 AöR, dergestalt auf die Unternehmen einzuwirken, dass dort jeweils Positionen  
18 geschaffen werden, um aktiv den Kostentreibern aus gesetzgeberischen,  
19 normativen und kommunalen Auflagen entgegengetreten werden kann.
- 20 2. Als Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg im Bundesrat die Initiative  
21 zu ergreifen, um die AfA-Sätze entsprechend der heute, an ein modernes  
22 Bauwerk zu stellenden Nutzungsdauern, anzupassen.
- 23 3. Auf die Erhebung der Grunderwerbsteuer zu verzichten, soweit es sich bei  
24 den zu errichtenden Gebäuden um geförderten Wohnraum handelt. Der Verzicht  
25 muss sich explizit in der Mietenkalkulation wiederfinden.
- 26 4. Zu prüfen, ob die Hamburgische Bauordnung (HBauO) noch zeitgemäß ist,  
27 und an deren Stelle die Musterbauordnung des Bundes (MBO) gestellt werden  
28 kann. Die Prüfung soll ggf. im Zusammenwirken mit anderen Bundesländern und  
29 durch eine unabhängige Sachverständige Kommission erfolgen.
- 30 5. Forschungsmittel für soziale Wohnraumentwicklung -förderung bzw.  
31 Stadtentwicklung in Höhe von jährlich 5 Mio Euro verlässlich bereitzustellen. Die  
32 Gegenfinanzierung soll aus Erlösen von im öffentlichen Eigentum stehenden  
33 Grundstücken erfolgen.

## Begründung:

Gestiegene Qualitätsansprüche und bauordnungsrechtliche Anforderungen zum Beispiel mit Blick auf Energieeinsparverordnung 2016 in Verbindung mit EEWärmeG, Barrierefreiheit, Standsicherheit, Brand- und Schallschutz, Schnee, Sturm- und Erdbebensicherheit, und darüber hinaus, eine Vielzahl von kommunalen Auflagen führen zu deutlich erhöhten Kosten im Wohnungsbau.

Kleine und mittlere Unternehmen stehen durch die dynamische Regelsetzung sowie durch die komplexen normativen Anforderungen vor der Aufgabe ein permanentes Management des bauordnungsrechtlichen Instrumentenkastens bewältigen zu müssen, was zunehmend die allgemeinen Geschäftskosten belastet und so letztlich zu höheren Angebotspreisen führt.

Bei den Herstellungskosten ist zu beobachten, dass der Kostenschwerpunkt sich immer weiter von den Leistungsbereichen des Rohbaus (ca. 46 %) zu den Leistungsbereichen der Ausbaugewerke (ca. 54 %) hin verlagert. Ursächlich hierfür sind die überdurchschnittlichen Preis- und Kostenanstiege im Bereich des Ausbaus, die auf der Kostenseite zu einem Großteil auf die verschärften gesetzlichen und normativen Anforderungen zurückzuführen sind.

Aus der veränderten Verteilung der Bauwerkskosten ergibt sich insbesondere mit Blick auf die Gewerke des Technischen Ausbaus (TGA), mit teilweise sehr kurzen Austauschintervallen einzelner Komponenten, eine verkürzte Nutzungsdauer der Gebäude. Die mittlere Nutzungsdauer aller Komponenten eines Wohnungsneubaus beträgt mittlerweile 36 Jahre, mit weiterer negativer Tendenz. Der verstärkte Gebäudeverschleiß und der dadurch ausgelöste höhere Instandhaltungsbedarf stehen nicht mehr mit den derzeitigen Abschreibemöglichkeiten (AfA) im Einklang. Eine diesbezügliche Anpassung auf den tatsächlichen Werteverzehr ist insbesondere im geförderten Wohnungsbau folgerichtig und sachgerecht.

Durch kommunale Vorgaben, in der Regel politisch, ideologisch motiviert, für den Baukörper, den energetischen Standard, den baulichen Brand- und Schallschutz, der Vorgabe der Anzahl der Stellplätze für PKW, oft verbunden auch mit der Forderung nach Tiefgaragenstellplätzen im verdichteten städtischen Raum, führen zwangsläufig zu höheren Herstellkosten. Wenngleich sich, z.B., nach Untersuchungen der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. (ARGE) Kiel, die Kosten für geforderte städtebauliche, architektonische und/oder landschaftsgärtnerische Konzepte, Wettbewerbe, Planungen und Gutachten, z.B. für Arten-/Naturschutz, Geologie und Infrastruktur zurzeit nur mit etwa 4 % der Herstellungskosten im Bereich kommunale Auflagen ausmachen, bedeutet dies dennoch Mehrkosten in Höhe von 6.000 EURO für jede Neubauwohnung in der Metropolregion Hamburg.

Darüber hinaus fand die ARGE e.V. Kiel mit der Studie „Kostentreiber für den Wohnungsbau“ (untersucht wurde der Zeitraum von 2000 bis 2014 am Beispiel des Typengebäudes MFH) weitere kostentreibende Faktoren

1. Mit direktem Bezug zu Entwicklungen bzw. Veränderungen im Preisniveau in Deutschland:

## Seite 12

a. Baupreise	342 €/m <sup>2</sup>	bzw.	25.100 €/WE (ohne Umsatzsteuererhöhung);
b. Planungsleistungen:	77 €/m <sup>2</sup>	bzw.	5.600 €/WE;
c. Preise – Außenanl.:	7 €/m <sup>2</sup>	bzw.	500 €/WE;
d. <u>Baulandpreise:</u>	<u>115 €/m<sup>2</sup></u>	bzw.	<u>8.400 €/WE</u>
<u>Summe:</u>	<u>541 €/m</u>	bzw.	<u>39.600 €/WE.</u>

### 2. Mit direktem Bezug zu Vorgaben bzw. Anforderungen von Bund, Ländern und Kommunen

a. Steuerrechtsänd.:	61 €/m <sup>2</sup>	bzw.	..4.500 €/WE;
b. Baugenehm,-Geb.:	3 €/m <sup>2</sup>	bzw.	200 €/WE;
c. Tech. Baubestimm., Normen u. Qualitätsstandards:			
	30 €/m <sup>2</sup>	bzw.	3.200 €/WE;
d. Energetische Anford.:	154 €/m <sup>2</sup>	bzw.	11.300 €/WE;
e. <u>Kommunale Auflag.:</u>	<u>..82 €/m<sup>2</sup></u>	bzw.	<u>6.000 €/WE.</u>
<u>Summe:</u>	<u>330 €/m<sup>2</sup></u>	bzw.	<u>24.200 €/WE.</u>

Insgesamt sind für diesen Zeitraum also Kostensteigerungen in Höhe 63.800 €/WE zu verzeichnen. Das entspricht einer Steigerung von 39,4 %.

# Antrag 17103

**Betr.: Hamburg 2025: Zentrum der „Digitalen Hanse“**

**Antragsteller: Andreas Moring und Michael Kruse, MdHB**

1 Hamburg soll bis zum Jahr 2025 der wichtigste Knotenpunkt für digitale  
2 Entwicklungen und Wirtschaft in Nord- und Mitteleuropa werden: Das Zentrum  
3 einer neuen „Digitalen Hanse“. Traditionelle Bereiche wie Hafen, Handel,  
4 Industrie und Logistik müssen in Hamburg weiter gehalten und unterstützt  
5 werden. Der Wohlstand und die Arbeitsplätze von morgen liegen in der  
6 erfolgreichen Positionierung Hamburger Unternehmen und Behörden im  
7 Wettbewerb der Digitalisierung. Immer mehr Wirtschaftsbereiche hängen dabei  
8 von der Netzökonomie ab. Netzökonomie schafft Wohlstand und Fortschritt durch  
9 Vernetzung und Kooperation. Das gilt für Unternehmen und genauso für  
10 Regionen und Metropolen.

11 Deswegen muss Hamburg aktiv werden und die Vernetzung und Kooperation  
12 von Unternehmen, Behörden und Fachkräften vorantreiben und gestalten. Alle  
13 bisherigen Digitalisierungsprojekte der Stadt sind Stückwerk: Die „Digitale  
14 Leitstelle“ besitzt nicht die Kompetenz, um die Digitalisierung der Hamburger  
15 Verwaltung durchzusetzen. Bisher ist die Digitalisierung der Hamburger  
16 Verwaltung bestenfalls ein Zufallsprodukt von einzelnen engagierten Mitarbeitern  
17 und Einzelfalllösungen. Damit Hamburg der norddeutsche Leuchtturm für digitale  
18 Verwaltung wird, muss das derzeitige Stückwerk beendet werden und ein  
19 Gesamtplan zur Digitalisierung der Verwaltung erarbeitet werden. Dafür müssen  
20 die Kompetenzen der „Digitalen Leitstelle“ erweitert werden. Sie berichtet  
21 zukünftig direkt an den Bürgermeister. Ziel dieser Maßnahme ist es, dass bis  
22 zum Jahr 2025 sämtliche Verwaltungsvorgänge digitalisiert sind. Dies betrifft  
23 insbesondere auch die Kommunikation mit den Bürgern.

24 Aufgabe des Stabes ist es:

- 25 1. Projektleiter für sämtliche Digitalprojekte in der Hamburger Verwaltung zu  
26 werden.
- 27 2. Potenziale zur Vernetzung und Kooperation für Hamburg in Nord- und  
28 Mitteleuropa fortlaufend zu identifizieren und zu bewerten; dabei sollen gezielt  
29 Best-Practice-Beispiele für digitale Innovationen im öffentlichen Raum identifiziert  
30 und auf Hamburg übertragen werden
- 31 3. Die vorhandenen Mittel für den Breitbandausbau in Hamburg umgehend  
32 einzusetzen, damit Hamburg auch die digitale Infrastruktur bieten kann, die ein  
33 Knotenpunkt der Netzökonomie vorhalten und weiterentwickeln muss; dafür ist  
34 es notwendig, einen Plan zu erarbeiten, wie Hamburg möglichst zeitnah eine  
35 Versorgung mit 200 MBIT-Breitbandversorgung erhält.
- 36 4. Die Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (HWF) zu  
37 unterstützen bei der Identifikation von Unternehmen aus dem Digitalbereich, die  
38 für eine Ansiedelung in Hamburg angesprochen werden können
- 39 5. Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Bereich der  
40 digitalen Transformation zu unterstützen und zu beraten,

- 41 6. Interdisziplinäre Projekte zu unterstützen und Hochschulen mit Unternehmen  
42 zusammenzubringen, die diese Forschung und Entwicklung in ihr Geschäft  
43 integrieren können und gleichzeitig die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und  
44 Wissenschaft zu stärken;
- 45 7. Die dafür notwendige, aber bisher vom Hamburger Senat nur angekündigte  
46 wissensbasierte Gründerplattform, die Wissenschaft und Unternehmen besser  
47 vernetzen soll, zu realisieren und zu betreiben;
- 48 8. Den ebenfalls angekündigten „Innovation-Wachstumsfonds“ zur Förderung von  
49 Unternehmensgründungen aufzulegen und einen Investment-Schwerpunkt im  
50 Bereich der digitalen Ökonomie vorzunehmen;
- 51 9. Ein Bewertungs- und Reportingsystem zu entwickeln und zu pflegen, das es  
52 erlaubt die eigenen Aktivitäten auf ihren Erfolg hin zu bewerten und die eigenen  
53 Aktivitäten effizient und strategisch zu steuern.
- 54 10. Der Handelskammer bei der Entwicklung der Ausbildungsgänge zu digitalen  
55 Lehrinhalten beratend zur Seite zu stehen.
- 56 11. Ein Digitalisierungskonzept für die öffentlichen Unternehmen der Stadt  
57 Hamburg aufzulegen, das den Aufbau von Digitalkompetenzen der Mitarbeiter  
58 und die Steigerung der Innovationsfreudigkeit der Unternehmen beinhaltet.
- 59 12. Die Hamburger Cluster einem Test für Offenheit und Kollaborationsbereitschaft  
60 zu unterziehen und Reformvorschläge zu erarbeiten.

### **Begründung:**

Hamburg liegt in der Mitte eines europäischen Kraftzentrums der Industrie 4.0 und der digitalen Wirtschaft in Europa, das aus den skandinavischen Ländern, den baltischen Ländern und Großbritannien gebildet wird. Seine strategisch günstige Position muss Hamburg, wie in der Vergangenheit, nun auch für die Zukunft nutzen. Die Erfolgsgeschichte des Internets und digitaler Geschäftsmodelle und Märkte basiert auf den Prinzipien von Offenheit, flexiblem Austausch und Vernetzung im lokalen wie globalen Maßstab. Hierdurch sind in den letzten rund 25 Jahren Millionen neuer Arbeitsplätze entstanden, ebenso wie neue Arten der Wertschöpfung, technischer und gesellschaftlicher Fortschritt und Wohlstand. Das gilt nicht nur für Unternehmen, sondern im gleichen Maße für Regionen: Das Silicon Valley ist das bekannteste Beispiel dafür. Politik kann und muss also unbedingt ihren aktiven Teil beitragen und Vernetzung, Austausch und gemeinsame Entwicklung fördern. Nichtstun wäre hier Amtsmissbrauch. Die Integration des Amtes Medien in die Kulturbehörde ist eine falsche Entscheidung. Das zeigt, dass das Thema Digitalisierung und Transformation der Wirtschaft (in Hamburg) vom Hamburger Senat nicht als strategische, wirtschaftliche Zukunftsfrage für die Stadt gesehen wird und nicht die Priorität genießt, die die Digitale Revolution in Hamburg haben muss. Andere Regionen und Länder sind hier bereits viel aktiver während Hamburg immer weiter zurück fällt, da eigene Initiativen ausbleiben und auf Ankündigungen von Rot-Grün bisher keine wirklichen Taten folgen.

Besondere Bedeutung haben in diesem Zusammenhang Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die als Treiber, Innovatoren und Inkubatoren von neuen Technologien, Konzepten und Modellen für die Zukunft in die Kooperationsaktivitäten der „Digitalen Hanse“ mit einbezogen werden müssen. Bildungs- und Wissenschaftspolitik

sind Sache Hamburgs, ebenso wie Standortpolitik – also hat der Hamburger Senat diese Freiheit und Verantwortung auch zu nutzen und eigene Initiativen zu ergreifen und umzusetzen. Zumal in der digitalen globalisierten Ökonomie nicht mehr nur Nationen und deren Regierungen, sondern mehr und mehr Regionen oder sogenannte „Cluster“ die entscheidenden Akteure sind.

Liberaler in der Tradition ihrer Werte und Überzeugungen wie Eigeninitiative, Freiheit, Offenheit, Austausch und Fortschritt unterstützen und fordern daher eigene Initiativen und Taten von und für Hamburg. Hamburg ist aufgrund eben dieser Prinzipien und durch eigenes Engagement erfolgreich und groß geworden – von der Zeit der Hanse über die Zeit der Industrialisierung und die Zeit der Globalisierung bis heute. Nun kommt es darauf an im Dienste der Menschen, dieser Erfolgsgeschichte ein weiteres Kapitel hinzuzufügen. Hamburg als Zentrum der „Digitalen Hanse“ setzt damit auch ein klares Zeichen gegen eine Welt der Abschottung und wird umso attraktiver für die besten Köpfe und Unternehmen aus aller Welt.

# Antrag 17104

**Betr.: Bürgernahes Wahlrecht**

**Antragsteller: Landesvorstand**

## 1 A. Ausgangslage

2 Der für das Wahlrecht zuständige Verfassungs- und Bezirksausschuss der  
3 Hamburgischen Bürgerschaft berät seit September 2015 über eine mögliche  
4 Reform der Gesetze zur Wahl der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen.  
5 Mit Blick auf die Kommunalwahlen im Jahr 2019 und dem dazu erforderlichen  
6 zeitlichen Vorlauf für die Kandidatenaufstellung müssen die Überlegungen für  
7 mögliche Reformschritte im Laufe dieses Jahres abgeschlossen und die  
8 Änderungen in Gesetzesform der Bürgerschaft bis zum Frühjahr 2018 vorgelegt  
9 werden.

10 Aktuell beziehen sich die Reformüberlegungen in den Fraktionen auf folgende  
11 Gegenstände:

- 12 • Aufteilung von Wahlkreis- und Listenmandate,
- 13 • Einführung einer Listenstimme im Wahlkreis,
- 14 • Zuteilung von Listenmandaten auf die Parteien mit verschiedenen Optionen  
15 zur Verteilung nach erhaltenen Listen- und Persönlichkeitsstimmen,
- 16 • sogenannte Heilungsregelungen für ungültige Stimmen in Anlehnung an  
17 Bestimmungen im Wahlrecht anderer Bundesländer,
- 18 • Angabe von Beruf und Wohnort der Bewerberinnen und Bewerber auf den  
19 Stimmzetteln,
- 20 • Reduktion der Anzahl der Kandidierenden auf den Landes- bzw. Bezirkslisten  
21 sowie den Wahlkreislisten,
- 22 • Reihenfolge der Parteien auf dem Stimmzettel,
- 23 • Anpassung von Fristen im Aufstellungsprozess,
- 24 • Option für die Durchführung gemeinsamer Wahlversammlungen für  
25 mehrere Wahlkreise.

26

## 27 B. Position der Hamburger Freien Demokraten

28 Die FDP setzt sich wie bisher für ein bürgernahes Wahlrecht ein, das sich in  
29 Hamburg durch eine mit der Personenwahl verbundene Verhältniswahl, die  
30 Möglichkeiten zum Kumulieren und Panaschieren bei der Stimmabgabe sowie  
31 Mehrmandatewahlkreise auszeichnet. Die FDP hält an diesen Grundlagen fest  
32 und lehnt Einschränkungen des Wahlrechts ab.

33 Die FDP-Bürgerschaftsfraktion wird gebeten, im weiteren Aushandlungsprozess  
34 folgende **zehn Positionen für ein bürgernahes Wahlrecht** zu vertreten:

35 1. Maßgeblich für die Zusammensetzung der Bürgerschaft und der  
36 Bezirksversammlungen bleibt das Ergebnis der Listenwahl.

37 2. Die Wahlberechtigten zur Bürgerschafts- und zur Bezirksversammlungs-  
38 erhalten wie bisher jeweils fünf Stimmen für die Landes- bzw. Bezirksliste und  
39 für den Wahlkreis. Diese Stimmen können panaschiert und kumuliert verteilt  
40 werden. Für die Wahlkreise werden Parteistimmen eingeführt.

41 3. Die Anzahl der Wahlkreise für die Bürgerschaftswahl wird auf zwölf reduziert.  
42 Jeder Wahlkreis erhält fünf Mandate, so dass eine gleichmäßige Vertretung der  
43 Wahlkreisinteressen durch direkt gewählte Abgeordnete in der Bürgerschaft  
44 sowie die hälftige Verteilung von Wahlkreis- und Listenmandaten ermöglicht  
45 werden.

46 4. Ebenfalls reduziert wird die Anzahl der Wahlkreise in den Bezirken mit der  
47 Maßgabe, dass jeder Wahlkreis von fünf Abgeordneten in der  
48 Bezirksversammlung vertreten wird. Das Verhältnis von Wahlkreis- und  
49 Listenmandaten sollte in den Bezirksversammlungen beibehalten werden.

50 5. Die FDP lehnt die von einigen Parteien befürwortete Einschränkung der  
51 Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten ab.

52 6. Parteien erhalten angelehnt an die Bestimmungen des Bundeswahlrechts die  
53 Option, Kandidatenaufstellungen für mehrere Wahlkreise in gemeinsamen  
54 Versammlungen durchzuführen.

55 7. Auf den Stimmzetteln soll die aktuell ausgeübte Tätigkeit der Kandidatinnen  
56 und Kandidaten angegeben werden. Die Angabe des Stadtteils auf den  
57 Wahlkreisstimmzetteln soll beibehalten werden. Die Richtigkeit der Angaben ist  
58 durch die Bewerberinnen und Bewerber bei der Kandidatenaufstellung zu  
59 bestätigen.

60 8. Die Reihenfolge der Parteien auf dem Stimmzettel soll wieder nach den  
61 Ergebnissen der letzten entsprechenden Wahl erfolgen.

62 9. Die FDP sieht für sogenannte Heilungsprozeduren im Wahlrecht für ungültige  
63 Stimmen angesichts der geringen Zahl ungültiger Stimmen keinen Bedarf.

64 10. Bei der Verteilung der Listenmandate auf die einzelnen Parteien sollen die  
65 Wählerinnen und Wähler wie bisher die Möglichkeit erhalten, die Reihenfolge der  
66 Kandidaten durch Personenstimmen zu verändern. Um die verfassungsrechtliche  
67 Problematik der negativen Stimmgewichtung zu heilen, sollen zukünftig zunächst  
68 die Personen- und dann die Listenstimmen bei der Mandatsverteilung zum Zuge  
69 kommen.

## **Begründung:**

zu 1.: Die FDP verteidigt das Prinzip eines personalisierten Verhältniswahlrechts für die Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen.

zu 2.: Die FDP hält am Mehrstimmenwahlrecht auf Listen- und Wahlkreisebene fest, weil dadurch die Einflussnahme der Wählerinnen und Wählern auf die Zusammensetzung der Parlamente gewährleistet wird. Die Einführung der Parteistimmen auf Wahlkreisebene dient der Harmonisierung des Wahlrechts.

zu 3. und 4.: Durch eine Reduzierung der Anzahl wird eine gleichmäßige Vertretung der Wahlkreise in den Parlamenten ermöglicht. Diese Harmonisierung stärkt die Chancen auf Direktmandate für alle Parteien und auch für Einzelbewerberinnen und -bewerber.

zu 5.: Die Auswahlmöglichkeit für die Wählerinnen und Wähler soll nicht eingeschränkt werden, ebenso wenig wie die Möglichkeiten zur Kandidatur durch Parteibewerberinnen und -bewerber.

zu 6.: Mit dieser Option wird das Aufstellungsverfahren insbesondere für kleinere Parteien mit dem Ziel vereinfacht, in möglichst vielen Wahlkreisen Kandidatinnen und Kandidaten zu den Wahlen aufzustellen.

zu 7.: Mit dieser Vorgabe wird die Transparenz zur Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten gestärkt.

zu 8.: Diese Regelung knüpft an die Hamburger Tradition an, den Erfolg bei früheren Wahlen den Listenreihenfolgen zugrunde zu legen.

zu 9.: Die Ablehnung sogenannter Heilungsprozeduren respektiert einen möglichen Wählerwillen, bewusst ungültig zu wählen und schließt Interpretationen eines vermuteten Wählerwillens durch Wahlvorstände aus.

zu 10.: Im bestehenden Wahlrecht werden die Mandate auf der Landesliste so verteilt, dass zunächst das Verhältnis zwischen Listen und Personenstimmen ermittelt wird und daran anschließend zunächst nach Abzug der erworbenen Direktmandate die Kandidierenden nach Anzahl der Listenstimmen und dann diejenigen gemäß Anzahl der Personenstimmen zum Zuge kommen. Hierdurch ergibt sich die Problematik der negativen Stimmgewichtung, wodurch das Wahlrecht insgesamt verfassungsrechtlich angreifbar ist. Werden bei der Mandatsverteilung hingegen erst die Personen- und dann die Listenstimmen berücksichtigt, ist dieser Effekt ausgeschlossen. Für die Gewichtung des Verhältnisses zwischen Listenstimmen und Personenstimmen im Sinne kommunizierender Röhren sowie die Reihung der Kandidierenden gemäß Anzahl der Personenstimmen untereinander ist dabei weiterhin allein und uneingeschränkt der Wählerinnen- und Wählerwille maßgeblich.

# Antrag 17105

**Betr.: Flexirente – für ein selbstbestimmtes Rentenalter**

**Antragsteller: KV Eppendorf-Winterhude, Junge Liberale**

1 Die FDP Hamburg fordert eine Reform des Renteneintrittsalters. Dabei geht es  
2 um eine ständige – branchenspezifische Anpassung – des Rentenalters. Für  
3 jedes zusätzliche Lebensjahr, um das die Lebenserwartung statistisch im  
4 Durchschnitt steigt, muss der Renteneintritt um acht Monate erhöht werden. Nur  
5 so können die Lasten des demografischen Wandels generationengerecht verteilt  
6 werden. Das Mindesteintrittsalter sollte dabei nach Berufsbranchen  
7 unterschiedlich bestimmt werden. So ist es sinnfälliger, stark körperlich belastenden  
8 Berufsgruppen einen früheren abschlagsfreien Einstieg zu ermöglichen als  
9 solchen Berufsgruppen, die körperlich weniger belastend sind. Zum Anderen ist  
10 die feste Altersgrenze für die Beendigung des Arbeitslebens vollständig  
11 aufzuheben und gegenüber dem Arbeitgeber einen Rechtsanspruch auf  
12 Fortsetzung des Beschäftigungsverhältnisses zu gleichen Bedingungen zu  
13 ermöglichen.

14 Um die branchenspezifischen Unterschiede des Rentenalters zu finanzieren,  
15 sollen die Arbeitgeberabgaben für die Arbeitslosenversicherung ab dem  
16 Zeitpunkt des Mindesteintrittsalters wegfallen und in die Rentenkasse  
17 einfließen.

## **Begründung:**

Ab 1. Juli 2014 können besonders langjährig Versicherte, die mindestens 45 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert waren, schon ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen. Ab Jahrgang 1953 steigt diese Altersgrenze für die abschlagsfreie Rente wieder schrittweise an. Für alle 1964 oder später Geborenen liegt sie wieder wie bislang bei 65 Jahren. Die Lebenserwartung der Deutschen erhöht sich jährlich um rund drei Monate. Das ist schön für alle, die einen längeren Lebensabend genießen können. Für die jüngeren Jahrgänge wird diese freudige Erwartung allerdings durch große Unsicherheit getrübt. Sie wissen nicht, was sie nach 2040 noch vom Staat erwarten können. Denn der Generationenvertrag gilt für sie immer weniger. Und selbst diejenigen, die privat vorsorgen, können ihre materielle Absicherung bei ihrem Renteneintritt in 25 oder 30 Jahren nicht absehen.

Die durchschnittliche Rentenlaufzeit hat sich seit 1960 von unter zehn auf heute gut 19 Jahre fast verdoppelt. Allein durch die längere Rentenbezugsdauer haben die finanziellen Belastungen der Rentenversicherung um rund 90 Prozent zugelegt. Die aktuelle Rentenpolitik der Bundesregierung blendet diese Entwicklung völlig aus. 940.000 Minijobber in Deutschland sind mittlerweile älter als 65 Jahre. Die Zahl hat sich in den vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt, seit der Jahrtausendwende gar nahezu verdreifacht.

# Antrag 17106

**Betr.:** **Bestellerprinzip für Maklerdienstleistungen beim Immobilienerwerb**

**Antragsteller:** **Junge Liberale, KV Eppendorf-Winterhude, Barnabas Crocker, Marcel v. Volland**

1 Die FDP Hamburg fordert, dass das seit dem 1. Juni 2015 geltende **Gesetz** zur  
2 Stärkung des Bestellerprinzips bei der Maklercourtage nicht auf Mietverhältnisse  
3 begrenzt bleibt, sondern auch auf Kaufvorgänge von Immobilien ausgeweitet  
4 wird. Demnach würde auch beim Hauskauf gelten, dass die Person, die einen  
5 Makler/eine Maklerin beauftragt, für die fällige Gebühr aufkommen muss.

## **Begründung:**

Beim Immobilienkauf fallen grundsätzlich hohe Nebenkosten für die Käufer an. In Hamburg sind es 4,5% Grunderwerbssteuer, hinzu kommen 6-7% Maklerkosten und Notariatsgebühren. Damit landen Käufer meistens in Bereichen von insgesamt über 12%.

Während die Befreiung von 500.000 Euro bei der Grunderwerbssteuer schon von der FDP gefordert wird[1], findet der teurere Posten der Maklergebühren bislang wenig Beachtung.

Dabei versagt der Markt im Bereich der Maklerdienstleistungen. Bei massiv steigenden Immobilienpreisen sind die Maklergebühren in den letzten Jahren konstant mitgewachsen. Für Käufer fallen hohe Kosten an, die oftmals in keinem Verhältnis zur Leistung stehen. Ein Leistungswettbewerb findet kaum statt, viele Makler beschränken sich auf die Veröffentlichung von Objekten in Immobilienportalen und die Durchführung von Besichtigungen. Insbesondere junge Familien werden hierdurch massiv belastet.

Der Käufer hat zudem wegen des zu geringen Immobilienangebots keine Möglichkeit, über die Höhe der Maklergebühren zu verhandeln und das, obwohl er den Makler nicht einmal selbst beauftragt hat. Verkäufer und Makler schließen einen Vertrag, den der Käufer als Dritter bezahlen muss. Das hat zur Folge, dass viele Makler sich aggressiv um Verkäufer bemühen, die Interessen der zahlenden Käufer aber oft außer Acht lassen.

Am 1. Juni 2015 wurde ein Gesetz zu Maklerprovision verabschiedet, das ein sog. „Bestellerprinzip“ eingeführt hat. Im Wesentlichen ist darunter Folgendes zu verstehen:

- Maklerprovision muss bei der Vermietung übernommen werden, wer den Makler beauftragt hat
- Maklerkosten können nicht auf die monatliche Miete umgelegt werden
- im Höchstfall werden zwei Monatskaltmieten für die Provision fällig
- keine Fälligkeit der Maklerprovision in bestimmten Ausnahmefällen
- das neue Gesetz ist ein sogenanntes zwingendes Recht

- Ablösezahlungen für Möbel und Küchen weiterhin erlaubt

Durch ein Bestellerprinzip bei Maklerdienstleistungen, wie es bereits bei Mietobjekten eingeführt wurde, würde sich diese Situation in mehreren Punkten deutlich verbessern. Erstens würde es einen Preiswettbewerb geben, der zu sinkenden Maklergebühren führen würde. Schaut man etwa in die Niederlande oder nach Großbritannien, so sind dort Provisionen von 1-2 Prozent üblich.[2] Zweitens würde es zu einer Professionalisierung des Maklergewerbes kommen. Aktuell führen die hohen Provisionen dazu, dass viele Menschen als Makler tätig werden, die dafür unzureichend qualifiziert sind. Und drittens würde der Kaufpreis einer Immobilie transparenter und besser finanzierbar werden. Müsste der Verkäufer den Makler bezahlen, müsste er die Gebühren mit in den Verkaufspreis einrechnen. Das würde die intransparenten Nebenkosten verringern und zudem dazu führen, dass Käufern die Finanzierung erleichtert würde. Aktuell beleihen Banken in der Regel nur die Immobilie selbst, Kaufnebenkosten müssen oftmals ohne Kredit vom Käufer getragen werden oder zu schlechteren Konditionen mitfinanziert werden.

Würden Grunderwerbssteuern bis zu einem Freibetrag wegfallen und Maklergebühren drastisch reduziert werden, können junge Familien um mehrere zehntausend Euro beim Immobilienerwerb entlastet werden und so besser mit einer Immobilie für das Alter vorsorgen.

Beispielrechnungen:

Wohnung, 250.000€ Kaufpreis

Grunderwerbssteuer: 11.250€

Maklergebühren: 15-17.500€

Notariatsgebühren: ca. 3750€

Insgesamt: 30-32.500€ Nebenkosten

Haus, 500.000€ Kaufpreis

Grunderwerbssteuer: 22.500€

Maklergebühren: 30-35.000€

Notariatsgebühren: ca. 7500€

Insgesamt: 60-65.000€ Nebenkosten

Daher ist es auch nicht nachvollziehbar, warum dieses Prinzip bisher auf Mietverhältnisse beschränkt bleibt. Immobilienkäufe sollten vor allem für junge Menschen der Gesellschaft attraktiv gemacht werden, gerade da Immobilien zu den sichersten privaten Altersvorsorgemöglichkeiten gehören. Gegenwärtig liegt die Maklerprovision für Kaufimmobilien bei ca. drei bis sieben Prozent des Verkaufspreises. Grundsätzlich

## Seite 22

gewährleistet sog. Bestellerprinzip, dass Handeln und Haftung gekoppelt bleiben – daher ist dieses Prinzip auch aus liberaler Sicht zu begrüßen.

[1] <https://www.liberale.de/content/fdp-will-familien-zum-eigenheim-verhelfen>

[2] <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/article12708280/Deutsche-Makler-gehoren-zu-den-teuersten-der-Welt.html>

# Antrag 17107

**Betr.:** Entschließung: Für einen Neustart der EU – Europäische Union erhalten, sichern und verbessern

**Antragsteller:** Wolf Achim Wiegand, Dr. Peter Baumgarten, Dr. Kurt C. Duwe, Nikolas Fromm, Martin Kirchner, Prof. Dr. Andreas Moring, Roberto Lehmann, Dirk Mehldau, Verner Mertins, Hartmut Müller, Dipl.-Ing. Wolfgang Ploss, Moritz Knüppel, Carl Jarchow MdHB u.a.

1 Mit Besorgnis nimmt die FDP zur Kenntnis, dass die Europäische Union (EU) 60  
2 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Gründungsverträge in ihrer  
3 schwersten Krise steckt. Dennoch ist Europa für uns Freie Demokraten ohne die  
4 EU undenkbar. Wir wollen deshalb intensiv daran mitarbeiten, die EU zu  
5 erhalten, zu sichern und zu verbessern.

6 Die Lage der EU erfordert Handeln:

7 Die Regierungen der Mitgliedsländer sind in zentralen Fragen uneinig. Kriege  
8 und Konflikte in naher und mittelbarer Nachbarschaft bleiben ungelöst. Die  
9 EU-Kommission und die sie tragenden Nationalregierungen wirken schwach.  
10 Das Europaparlament hat keine Durchschlagskraft. An der Festigkeit unserer  
11 transatlantischen Bindungen kommen Zweifel auf. Das alles befördert Fliehkräfte,  
12 wie sich am dramatischsten im Brexit gezeigt hat.

13 Trotz aller Herausforderungen bewerten wir Freie Demokraten die EU als die  
14 größte Leistung in der Geschichte Europas. Einst verfeindete Nationen  
15 verdanken der EU jahrzehntelangen Frieden in Wohlstand und Sicherheit. Eine  
16 halbe Milliarde Menschen lebt täglich vielfältige Verknüpfungen von Kulturen,  
17 Sprachen und Traditionen. Dieses Miteinander in Vielfalt gilt es zu bewahren!

18 Die FDP erkennt an, dass Vieles in der EU besser gemacht werden kann und  
19 muss. Aber wir weisen pauschales populistisches Schlechtmachen zurück. Die  
20 Behauptung, die EU-Staaten könnten sich durch eine Rückbesinnung auf  
21 Nationalismus und Einzeldeals in der globalisierten Welt besser behaupten, ist  
22 falsch: Nicht zersplittert, sondern nur gemeinsam sind wir Europäer stark!

23 Vor diesem Hintergrund fordert die FDP: Neustart der Europäischen Union! Es  
24 gilt, die EU für zukünftige Generationen lebensfähig und attraktiv zu machen.  
25 Das Ziel ist eine Union, in der Gemeinschaftsaufgaben wie innere und äußere  
26 Sicherheit deutlich festgelegt werden, während zugleich Bereiche gestärkt  
27 werden sollen, die sich national, regional oder kommunal besser lösen lassen.  
28 Denkbar ist auch ein Europa verschiedener Geschwindigkeiten, in dem einzelne  
29 Länder vorangehen und respektieren, dass andere noch nicht so weit sind.

30 Die FDP wird voller Schwung mit ihren Schwesterparteien von der Allianz der  
31 liberalen und demokratischen Parteien in Europa (ALDE Party) mit dazu  
32 beitragen, die EU im Sinne ihrer Bürger zu erhalten, zu sichern und zu  
33 verbessern!

## **Begründung:**

Die FDP ist seit ihrer Gründung die proeuropäischste Partei Deutschlands gewesen. Liberale Außenminister wie Walter Scheel oder Hans Dietrich Genscher haben bahnbrechende Arbeit für das Zusammenwachsen der europäischen Völker geleistet. In dieser Tradition stehend ist es selbstverständlich, der Europäischen Union auch in kritischen Zeiten konstruktiv beizustehen.

Die vorgelegte Entschließung erteilt allem Gerede über ein mögliches Ende der EU eine Absage. Wir Freie Demokraten sehen zwar die gravierenden Probleme in Europa und wollen diese mit allem Elan lösen. Doch zugleich erteilen wir leidenschaftlich allen Miesmachern und Nationalismus-Ideologen eine klare Absage.

Mehr mündlich.

# Antrag 17108

**Betr.: Englische Sprache in Behörden stärken**

**Antragsteller: Moritz Knüppel, Dian Diaman**

- 1 Die Hamburger FDP setzt sich dafür ein, dass in Zukunft alle im Alltag
- 2 notwendigen Behördengänge und sämtliche alltägliche Kommunikation mit
- 3 Behörden auch auf Englisch möglich sind.

## **Begründung:**

Hamburgs Wirtschaft wird in den kommenden Jahrzehnten vermehrt um internationale Fachkräfte konkurrieren müssen, um den wachsenden Bedarf an vor allem MINT-Absolventen decken zu können. Um unseren Wirtschaftsstandort für die bestehende Technologiebranche zu sichern und um Hamburgs Attraktivität für Neuansiedlung internationaler Startups zu steigern, wird es zunehmend notwendig sein Hamburg für internationale Spitzenkräfte attraktiv zu gestalten.

Ein wichtiger Entscheidungsfaktor bei Umsiedlung in ein anderes Land ist die Frage "wie gut komme ich vor Ort im Alltag mit den Sprachen zurecht die ich beherrsche". Nahezu jeder Studierende in Europa spricht verkehrsfähiges Englisch, die Zahl derjenigen die zusätzlich zu ihrer Muttersprache auch noch Deutsch sprechen ist deutlich geringer. In Hamburgs Technologiebranche, besonders im informatikbasierten Sektor, ist das Arbeiten auf Englisch heute meist kein Problem mehr, viele Firmen in unserer Stadt steigen bereits gänzlich auf Englisch als Arbeitssprache um. Deutlich schwieriger gestaltet sich der Rest des Alltages. Im Silicon Valley ist die Amtssprache ohnehin Englisch, in den Niederlanden bietet nahezu jede Behörde ihr Material entweder direkt auf Englisch an oder die zumeist fließend Englisch sprechenden Mitarbeiter\_innen unterstützen non-native-speakers bei Behördengängen. In Hamburg - und Deutschland generell - herrscht hingegen selbst unter der deutschsprachigen Bevölkerung meist Unverständnis gegenüber der Fremdsprache Behördendeutsch.

Behördengänge und Behördenpost, wovon es als Immigrant nicht zu wenig gibt, lassen sich mit Unterstützung vom Arbeitgeber, deutschsprachigen Freunden und zur Not bezahlter Assistenz meistern. Diese Notwendigkeit, also die fehlende Möglichkeit sich selbständig um seine eigenen Angelegenheiten zu kümmern, macht uns als Standort aber massiv weniger attraktiv. Wer als Studienabsolvent nach Deutschland kommt, sucht kein Leben in ständiger Abhängigkeit von Dritten. Diese aktuell bestehende Notwendigkeit werden wir uns in Zukunft nicht mehr leiten können wenn wir uns im Wettbewerb um die besten Köpfe durchsetzen wollen.

Entweder wir öffnen symbolisch unsere Tore oder die Fachkräfte werden wie sie es heute bereits tun, weiterziehen. Auf den Konsequenzen blieben wir sitzen.

# Antrag 17109

**Betr.: Schlechte Leistung kann man sich nicht schön rechnen!**

**Antragsteller: Junge Liberale, Anna von Treuenfels-Frowein, MdHB**

1 Die FDP Hamburg kritisieren die Anhebung der Vorabiturnoten im Fach  
2 Mathematik durch Schulsenator Rabe um drei Punkte. Die Anhebung entspricht  
3 nicht dem liberalen Verständnis von bester Bildung, sondern ist ein  
4 Armutszeugnis für die Schulbehörde. Die vom Senats versprochenen  
5 Wiederholungskurs in der unterrichtsfreien Zeit waren nicht mit den Lehrern  
6 abgesprochen. Auch hier hat der Schulsenator bewiesen, dass er mit der Lage  
7 überfordert war. Leidtragende sind dabei die Hamburger Schüler, die  
8 unzureichend auf das Mathe-Abitur vorbereitet werden.

9 Gerade vor dem Hintergrund des anstehenden Zentralabiturs muss in diesem  
10 Bereich dringend gehandelt werden. Kurzfristig sind für diesen Jahrgang  
11 zusätzliche Matheangebote dringend notwendig.

12 Langfristig werden die anhaltenden Probleme im Mathe-Unterricht aber nur zu  
13 lösen sein, wenn die Unterrichtsausfallquote deutlich sinkt und der Unterricht nur  
14 von einem Fachlehrer erteilt wird. Für die Oberstufe sollte zudem die Einrichtung  
15 eines zentralen Aufgabenpools für Vertretungsstunden geprüft werden. Um  
16 bestehende Defizite in der Oberstufe zu beseitigen fordern wir zudem, dass in  
17 der 10. Klasse zwei zusätzliche Mathe-Stunden angeboten werden.

## **Begründung:**

Begründung erfolgt mündlich.

# Antrag 17110

**Betr.: Bildung 4.0 – Bereit für die Schule der Zukunft!**

**Antragsteller: Carl Cevin-Key Coste, Christian Kontz, Jacques Coste, Jens Jungmann, Marcel Thielemeyer, Olaf Coste, Ria Schröder, Rieka von der Warth, Teresa Stublely, Vanessa Fabris**

1 Die Digitalisierung ist längst keine Zukunft mehr – sie ist allgegenwärtig.  
2 Während sich viele Lebensbereiche durch diesen Prozess in den letzten Jahren  
3 grundlegend verändert haben, hinken unsere Schulen dieser Entwicklung jedoch  
4 weit hinterher. Dabei bietet die Digitalisierung viele Potenziale, um die Bildung  
5 grundlegend zu verbessern und fit für die Zukunft zu machen.

6 Die größte Chance liegt in der individuellen Förderung für jedes Kind. Denn  
7 durch den Wegfall von Wissensmonopolen und durch zunehmende  
8 Personalisierung und Vernetzung kann es endlich für jeden das Beste geben,  
9 statt für alle das Gleiche. Als umso wichtiger erachten wir Freien Demokraten es,  
10 diesen Wandel aktiv zu gestalten.

11 Dazu bedarf es mehr als die sprichwörtlichen Tablets und Smartboards in jedem  
12 Klassenzimmer. Vielmehr müssen kurzfristig Grundlagen geschaffen und  
13 mittelfristig zahlreiche Weichen gestellt werden, damit sich langfristig echte  
14 Perspektiven eröffnen.

## 15 Kurzfristig Grundlagen schaffen

16 Grundlage für die Digitalisierung der Schulen ist eine hinreichende Ausstattung.  
17 Wir glauben, dass die Schulen selber am besten Wissen, welche Investitionen  
18 sie treffen wollen. Dazu bedarf es eines eigenen Schulbudgets, mit dem  
19 eigenverantwortliches Haushalten ermöglicht wird. Um eine effektive Verwaltung  
20 zu verwirklichen, befürworten wir es, wenn Schulen in der Leitung eine  
21 Aufteilung in organisatorische und unterrichtsbezogene Führung vornehmen  
22 (Einführung sog. „Schulmanager“).

23 Bei der Ausstattung der Schulen befürworten wir ausdrücklich das Konzept  
24 „bring your own device“, das es jedem Schüler ermöglicht, eigene Tablets und  
25 Laptops mit in die Schule zu bringen und anstelle von Geräten der Schule zu  
26 nutzen. Trotzdem ist es notwendig, dass schuleigene Geräte für Schülerinnen  
27 und Schüler zur Verfügung gestellt werden, sollten diese keine geeigneten  
28 eigenen Geräte besitzen. Die IT-Ausstattung der Schulen soll laufend aktuell  
29 gehalten werden (Hard- und Software).

30 Darüber hinaus bedarf es einer leistungsfähigen IT-Infrastruktur. Die  
31 Breitbandanschlüsse der Schulen müssen zum Teil dringend ausgebaut und  
32 WLAN den Schülern frei zugänglich gemacht werden. Dies kann beispielsweise  
33 in Anlehnung an die Initiative „Education Roaming“ an Universitäten geschehen.  
34 Dazu fordern wir die Einrichtung von schuleigenen Digitalisierungs-Budgets  
35 durch die Freie und Hansestadt Hamburg. Diese Mittel müssen zweckgebunden

36 sein. Zusätzlich soll es den Schulen möglich gemacht werden Vereinbarungen  
37 mit private Sponsoren und Kooperationspartnern einzugehen.

38 Hindernisse stellen häufig mangelnde Kenntnisse bei Lehrkräften und das Fehlen  
39 pädagogischer Konzepte für die Bildung 4.0 dar. So muss die Rolle des Lehrers  
40 neu gedacht werden – vom „Vorgesetzten“ hin zum Lernmanager. Dieser muss  
41 eine größere Verantwortung bei der Vor- und Nachbereitung „digitaler“  
42 Unterrichtsstunden tragen und gezielter auf das Fördern und Fordern der  
43 einzelnen Schüler eingehen. Hierzu streben wir eine stärkere Modularisierung  
44 des Unterrichts an. Diese Herausforderungen machen eine grundlegende Reform  
45 der Lehrerausbildung notwendig. Fortbildungen sind qualitativ zu verbessern und  
46 weiterhin auf freiwilliger Basis anzubieten. Nicht nur Sekundarschullehrer,  
47 sondern auch Grundschullehrer sollen bereits für die Bedürfnisse des digitalen  
48 Lernens qualifiziert werden.

49 Um eine schnelle und kompetente Problemlösung bei Technikfragen zu  
50 gewährleisten, ist die Einrichtung eines schulinternen IT-Spezialisten und  
51 Datenschutzbeauftragten notwendig. Diese Aufgabe kann von einem  
52 entsprechend qualifizierten Lehrer (bei entsprechender Entlastung hinsichtlich der  
53 Unterrichtsverpflichtungen), einem von der Schule angestellten IT-Spezialisten  
54 oder einem externen Dienstleister übernommen werden.

### 55 Mittelfristig Weichen stellen

56 Die Digitalisierung hält neben einer Menge Chancen auch Risiken bereit. Aus  
57 unserer Sicht dürfen diese jedoch nicht als Argument gegen tiefgreifende  
58 Veränderungen stehen. Vielmehr muss Risiken entgegengewirkt werden, damit  
59 sich potentielle negative Auswirkungen nicht realisieren. So bietet die Erhebung  
60 und Speicherung zahlreicher Daten aus eLearnig-Apps und Plattformen auf der  
61 einen Seite die Chance, ein differenzierteres und individuelleres Leistungsbild  
62 einzelner Schüler zu erhalten. Dies bietet Vorteile vor allem dahingehend, dass  
63 punktuelle und tagesformabhängige Benotungen nach und nach überflüssig  
64 werden und Förderung individuell erfolgen kann. Es muss jedoch durch  
65 gesetzliche Rahmenbedingungen der Schutz der Daten vor unberechtigtem  
66 Zugriff Dritter sichergestellt werden. Außerdem bekennen wir uns zum Recht auf  
67 informationelle Selbstbestimmung, weshalb wir uns für Abstufungsmöglichkeiten  
68 und Opt-Out-Lösungen bei der Datenerhebung und -weitergabe aussprechen.

69 Schule soll auf das Leben vorbereiten. Für eine zunehmend durch Digitalisierung  
70 und globale Vernetzung geprägte Welt muss auch überdacht werden, inwieweit  
71 noch die richtigen Inhalte und Kompetenzen vermittelt werden. Insbesondere  
72 sollten Schlüsselqualifikationen für den Arbeitsmarkt 4.0 wie  
73 Entscheidungsfreiheit, individuelle Verantwortungsbereitschaft, Kreativität, soziale  
74 Intelligenz und unternehmerisches Denken zunehmend in den Mittelpunkt rücken.  
75 Auch muss der Umgang mit digitalen Medien eine stärkere Rolle spielen.

76 Wichtig ist hierbei fächerübergreifendes Arbeiten, Hand in Hand mit  
77 konventionellen, also nicht-digitalen Medien. Die Nutzung von digitalen Medien  
78 zu definierten Zeiten in definierten Kontexten ist für Schüler aus der Generation  
79 der Digital Natives dagegen nicht zielführend. Darüber hinaus müssen externe  
80 Lernplattformen verstärkt einbezogen werden, um individuelles Lernen zu

81 ermöglichen. Die Potenziale bundesweiter Evaluationen von Lehr- und  
82 Lernmitteln, etwa in Anlehnung an den „Digital Innovation Index“, sind zu prüfen.  
83 Hiervon erhoffen wir uns eine Entscheidungshilfe für Lehrkräfte.

84 Langfristig Perspektiven eröffnen

85 Die Digitalisierung bietet viele Möglichkeiten, um individualisiertes Lernen zu  
86 ermöglichen. Im Rahmen der Entwicklung eines individuellen Profils soll es  
87 Schulen möglich sein, eigene Konzepte für das Lernen der Zukunft zu  
88 entwickeln. Ein wichtiger Aspekt ist dabei auch eine Förderung des lebenslangen  
89 Lernens. Die Notwendigkeit an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit  
90 anwesend sein zu müssen, gehört mehr und mehr der Vergangenheit an und  
91 ermöglicht es Menschen etwa neben dem Beruf oder der Betreuung von Kindern  
92 oder Verwandten an Bildungsangeboten teilzunehmen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

# Antrag 17111

**Betr.: Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer**

**Antragsteller: Junge Liberale**

- 1 Die FDP Hamburg wird sich dafür einsetzen, dass folgende Forderung im
- 2 Bundestagswahlprogramm der FDP enthalten ist:
- 3 Die FDP setzt sich bei einem rechtmäßigen Mindestaufenthalt von fünf Jahren,
- 4 für die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts ein.

## **Begründung:**

Die FDP-Fraktion im Landtag von NRW hat vor kurzem mit den Stimmen der CDU die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer blockiert.[1] Der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Lindner begründete dies unter anderem damit, dass dafür nicht das Land zuständig, sondern vielmehr eine Verfassungsänderung notwendig ist. Des Weiteren teilte jedoch Lindner in einer Pressemitteilung mit: „Die Idee eines Ausländerwahlrechts ist angesichts der Lage im Land schlicht absurd. SPD und Grüne müssen sich von den Realitäten und der Gefühlslage der Bürgerinnen und Bürger vollständig abgekoppelt haben, gerade jetzt mit diesem Vorschlag zu kommen. Wir brauchen erst einmal wieder die Kontrolle der Zuwanderung durch ein Einwanderungsgesetz. Ich persönlich war ohnehin immer der Meinung, dass das Wahlrecht kein Instrument der Integration ist. Vielmehr sind die Staatsangehörigkeit und das Wahlrecht die Krönung eines zuvor erfolgreichen Integrationsprozesses.“[2] Gerade vor diesem Hintergrund ist eine Bekräftigung unserer bisherigen Beschlusslage notwendig.

Anbei sind einige Beschlüsse aufgelistet, in denen die FDP sich für ein kommunales Wahlrecht für EU-Ausländer eingesetzt hat:

## **Wiesbadener Grundsätze:**

Die offene Bürgergesellschaft lebt von der Mitwirkung aller - unabhängig von ihrer Abstammung und Herkunft. Gesellschaftliche Abschottung gegen Menschen anderer Abstammung und Herkunft widerspricht der offenen Gesellschaft. Mitwirkungsrechte und Mitwirkungspflichten sind in der Bürgergesellschaft nicht zuerst an die Staatsangehörigkeit gebunden. So soll z. B. das kommunale Wahlrecht nicht mehr von der Staatsangehörigkeit, sondern von der Gemeindezugehörigkeit abhängen: Nach fünf Jahren rechtmäßigem Aufenthalt in Deutschland sollen Ausländer das aktive und passive Wahlrecht in der Gemeinde erhalten.[3]

### **Bundestagswahlprogramm 2009**

Demokratie lebt von der Teilhabe der Bürger am Geschehen in Gesellschaft und Staat. Die FDP will mehr Freiheit wagen, indem mehr Menschen an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken können. Dazu gehört eine Stärkung der demokratischen Entscheidungsprozesse durch mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung. Notwendig dafür ist eine bessere Zuordnung von politischen Prozessen, wer für welche politische Entscheidung auf welcher Ebene verantwortlich ist. Und durch mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten werden Wege für mehr Demokratie eröffnet.

Im Rahmen eines zusammengewachsenen Europas ist eine verbesserte Bürgerbeteiligung künftig auch auf der europäischen Ebene zu verwirklichen. Wir setzen uns daher für ein kommunales Wahlrecht aller Migranten ein, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig im Land aufhalten.[4]

### **Bundestagswahlprogramm 2013**

Integration braucht auch die Offenheit und Integrationsbereitschaft einer Gesellschaft. Als Liberale werben wir für mehr Offenheit und Toleranz. Wir wollen eine Möglichkeit zur beschleunigten Einbürgerung nach vier Jahren und die grundsätzliche Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft. Partizipationsmöglichkeiten erleichtern die Integration: daher setzen wir uns, bei einem rechtmäßigen Mindestaufenthalt von fünf Jahren, für die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts ein. [5]

[1] Landtag-NRW Drs. 16/13314

[2] MedienINFO 73 – Dienstag, 14. März 2017 - Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer, Lindner: Idee eines rot-grünen Ausländerwahlrechts angesichts der Lage im Land absurd

[3] Wiesbadener Grundsätze S. 13

[4] Bundestagswahlprogramm FDP 2009 S. 38

[5] Bundestagswahlprogramm FDP 2013 S. 47f